

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Willkommenskultur gemeinsam entwickeln

Der Landtag möge beschließen:

Der Ministerpräsident wird aufgefordert, den Landtag im Wege einer Regierungserklärung zeitnah über die Ergebnisse der bisher im Jahr 2015 auf Bundes- und Landesebene durchgeführten „Asyl- und Flüchtlingsgipfel“ sowie über hieraus resultierende Schlussfolgerungen und notwendige Maßnahmen zu unterrichten, die für die Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer Strategien zu einer menschenwürdigen und sicheren Aufnahme, Unterbringung, Betreuung und Integration von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern erforderlich sind. Die Aufhebung des sogenannten Nachtabschiebeerlasses entspricht diesem Ziel nicht.

Helmut Holter und Fraktion

Begründung:

Seit einigen Jahren steigen die Zahlen der Flüchtlinge in der Bundesrepublik. Registrierte der Bund 2014 rund 200.000 Asylbewerberinnen und Asylbewerber, gehen Prognosen von rund 800.000 Asylsuchenden im Jahr 2015 aus. Rund 16.300 von ihnen soll Mecklenburg-Vorpommern in diesem Jahr aufnehmen, viermal so viel wie 2014.

Die Erstaufnahmestellen des Landes sind kapazitätsmäßig erschöpft, Erweiterungen sind geplant.

Angesichts der sprunghaft gestiegenen Flüchtlingszahlen in Deutschland wurden und werden Spitzentreffen der jeweils Verantwortlichen gefordert (vgl. Landtagsdrucksache 6/3342), durchgeführt (z. B. Spitzengespräch beim Ministerpräsidenten des Landes, insbesondere zur Integration von Flüchtlingen am 16.02.2015 in der Staatskanzlei) oder vorbereitet (Treffen der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten am 24. September dieses Jahres).

Der Landtag hat am 28. Januar 2015 im Rahmen einer Aktuellen Stunde die „Gemeinsame Verantwortung für die Aufnahme von Flüchtlingen“ unterstrichen, der Ministerpräsident appellierte an die demokratischen Fraktionen: „Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Schluss an Sie alle, an jeden Einzelnen aus den demokratischen Fraktionen appellieren: Sorgen bitte auch Sie mit dafür, dass die selbstverständlich immer wieder auftretenden Probleme schnell gelöst werden können. ... Ich denke, meine Damen und Herren, wir müssen gemeinsam deutlich machen, dass wir die Probleme der Menschen ernst nehmen ... und dass wir gemeinsam zu guten Lösungen kommen wollen, damit am Ende die Menschen vor Ort die Flüchtlinge ... willkommen heißen.“

Dieses völlig zu Recht geforderte fraktionsübergreifende, gemeinsame Handeln und Suchen nach Problemlösungen, zu dem die demokratische Opposition im Landtag ihre prinzipielle Bereitschaft erklärt hat, setzt selbstverständlich ein Grundmaß an Informationen über Ergebnisse entsprechender Spitzentreffen voraus.

Darüber hinaus kann eine Regierungserklärung ein überaus geeignetes Mittel sein, um den Menschen „vor Ort“, den Bürgerinnen und Bürger, den Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern, dem Ehrenamt, allen an Integration Beteiligten zu signalisieren, dass wir es ernst meinen mit Willkommenskultur und zu sagen, was wir unter Willkommenskultur verstehen.

Die neue Abschiebep Praxis ist inhuman und steht in Widerspruch zum offiziellen Kurs der Landesregierung, wenn diese eine Willkommenskultur und einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen einfordert.